



Stadt Marktheidenfeld

NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE 20. SITZUNG DES STADTRATES

Sitzungsdatum: Donnerstag, 07.11.2019
Beginn: 19:30 Uhr
Ende: 21:30 Uhr
Ort: im großen Sitzungssaal des Rathauses

ANWESENHEITSLISTE

Erste Bürgermeisterin

Schmidt-Neder, Helga

Mitglieder des Stadtrates

Adam, Helmut
Bernstein, Tobias
Braun, Reinhold
Buczko, Ragnhild
Feder, Klaus
Gerberich, Martin
Gillmann-Bils, Bärbel
Haag, Ruth
Harth, Martin 2. Bürgermeister
Hörnig, Joachim 3. Bürgermeister
Hörnig, Wolfgang
Keller, Ludwig
Menig, Christian
Menig, Hermann
Müller, Michael
Oswald, Richard
Otter, Barbara
Rauh, Gerd
Reidelbach, Werner
Riedmann, Susanne
Schneider, Renate
Wagner, Burkhard

anwesend ab TOP 273

Behindertenbeauftragter

Peter, Heinz

Schriftführer/in

Laumeister, Sabine

Verwaltung

Chesauan, Alexander
Guggenberger, Oliver
Hanakam, Matthias
Hartmann, Barbara
Herrmann, Christina
Namyslo, Stephanie
Trabel, Wilhelm
Welzenbach, Tanja

Abwesende und entschuldigte Personen:

Mitglieder des Stadtrates

Carl, Michael
Hamberger, Andrea

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- 276 Informationen**
- 276.1 Vorstellung des neuen Bauamtsleiters Wilhelm Trabel**
- 276.2 Poller Marktplatz**
- 276.3 Termine**
- 277 Vergaben** **2019/0928**
Beschlussfassung
- 278 Bericht der städtischen Jugendarbeit** **2019/0933**
Information
- 279 Möglicher Bebauungsplan eines Wohnbaugebietes in Marienbrunn** **2019/0925**
Information
- 280 3. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Bischbrunn bzw. Aufstellung des Bebauungsplanes Gewerbegebiet „Kirchstraße“; Beteiligung als Träger öffentliche Belange** **2019/0932**
Beschlussfassung
- 281 Haushalt 2020 - Stellungnahmen der Fraktionen** **2019/0930**
Information
- 282 Anfragen**
- 282.1 Bushaltestellen in Altfeld**
- 282.2 Straßenbaumaßnahmen in Oberwittbach und in Glasofen**
- 282.3 Spielplatz an den Maradies-Seen**
- 282.4 Fortschritt Baumaßnahme Baumhofstraße**
- 282.5 Parkplatz Wonnemar**
- 282.6 Parksituation Dillberg**

Erste Bürgermeisterin Helga Schmidt-Neder eröffnet um 19:30 Uhr die öffentliche 20. Sitzung des Stadtrates. Sie begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

Während der Sitzung werden auf Nachfrage der Vorsitzenden gegen die nachstehenden Niederschriften keine Einwendungen erhoben. Die Vorsitzende stellt daraufhin fest, dass diese demnach genehmigt sind.

- 2. Sitzung des Ausschusses für Jugend, Familie, Senioren und Schulen am 08.10.2019
- 3. Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Werkausschusses am 22.10.2019
- 14. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 24.10.2019
- 19. Sitzung des Stadtrats am 24.10.2019

ÖFFENTLICHE SITZUNG

276 Informationen

276.1 Vorstellung des neuen Bauamtsleiters Wilhelm Trabel

Erste Bürgermeisterin Schmidt-Neder stellt den neuen Bauamtsleiter Wilhelm Trabel vor. Er hat seinen Dienst in der Stadtverwaltung am Montag, den 04.11.2019, aufgenommen. Sie wünscht ihm viel Erfolg in seinem künftigen Aufgabengebiet. Der bisherige Bauamtsleiter Alexander Chesauan werde sich neu orientieren und seine Tätigkeit bei der Stadt Marktheidenfeld beenden.

276.2 Poller Marktplatz

Die Vorsitzende berichtet, vorübergehend sei der Poller am Marktplatz längere Zeit abgesenkt gewesen. Hintergrund sei ein umsichtiges Verhalten der Feuerwehr gewesen. Diese habe Bedenken geäußert, dass aufgrund der Baustellen Südring/B 8, der geplanten Baustelle Mitteltorstraße und einer eventuellen Verkehrseinschränkung in der Obertorstraße Rettungswege blockiert seien. Aktuell seien die Bedenken ausgeräumt worden. Der Poller sei wieder hochgefahren worden. Beim „Grünen Markt“ am Freitag sei jedoch darauf zu achten, dass eine unverstellte Fahrspur für Rettungskräfte verbleibe.

276.3 Termine

- | | |
|--------|--|
| 11.11. | Rathaussturm der Lorbser |
| 13.11. | Beginn der Baumaßnahme „Barrierefreier Ausbau der Mitteltorstraße“ |
| 21.11. | Symbolischer Spatenstich „Gewerbepark Söllershöhe“ |

277 Vergaben

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die nachstehenden in der vorangegangenen nichtöffentlichen Sitzung erläuterten Vergaben:

- 1. Teilabbruch, Neubau und Sanierung des Bürgerhauses in Glasofen
Bühnenbauarbeiten
Firma 2 M (Deutschland) GmbH, 40882 Ratingen
16.063,81 € brutto**
- 2. Sanierungsberatung und -betreuung
Haines – Leger Architekten Stadtplaner BDA, 97222 Rimpar**
- 3. Neubau Kindertagesstätte Baumhofstraße
Abbruch- und Rückbauarbeiten für das Bestandsgebäude
Fa. Recycling Väth GmbH iG, 97837 Erlenbach
104.660,50 € brutto**

einstimmig beschlossen Ja 23 Nein 0

278 Bericht der städtischen Jugendarbeit

Zunächst stellt sich Tanja Welzenbach, neue Mitarbeiterin im Jugendzentrum seit Anfang Oktober 2019, dem Gremium vor. Die Stadtjugendpflegerin Frau Namyslo, der Leiter des städtischen Jugendzentrums (JuZ) „MainHaus“ Herr Guggenberger sowie Frau Welzenbach geben dem Stadtrat anhand einer gemeinsamen Präsentation einen Rückblick und Ausblick zur städtischen Jugendarbeit.

Frau Namyslo erläutert ausführlich die aktuelle personelle Situation sowie die Öffnungszeiten des JuZ. Die Schwerpunkte der Jugendarbeit wie auch des städtischen Jugendzentrums würden an die Bedarfe der Nutzer angepasst. So seien beispielsweise aus den ehemaligen geflüchteten Jugendlichen zwischenzeitlich Jugendliche geworden, die weiterführende Schulen besuchten oder in einem Ausbildungsverhältnis stehen, stellt Herr Guggenberger fest. Entsprechend seien die Angebote und Hilfestellungen an deren veränderte Lebensbedingungen angepasst worden.

Das Angebot „Kinderzeit im JuZ“ werde zwischenzeitlich auch wieder sehr gut angenommen, führt Herr Guggenberger weiter aus und zeigt kurz das aktuelle Programm. Insgesamt seien mehr Besucher des JuZ zu verzeichnen. Dies sei vor allem darauf zurück zu führen, dass das JuZ personell wieder gut besetzt sei und regelmäßige Öffnungszeiten anbieten könne.

Herr Guggenberger gibt eine Übersicht über die verschiedenen Aktionen des vergangenen Jahres, führt einzelne Aktionen näher aus und geht auf die Planung für das kommende Jahr ein. Frau Welzenbach, die erst seit Oktober 2019 neu im Team sei, wolle sich als ausgebildete Erziehungsberaterin künftig auch verstärkt um Teenie-Mütter kümmern. Insgesamt könne das Angebot des JuZ aufgrund der guten personellen Besetzung ausgebaut werden.

Frau Namyslo wolle sich verstärkt um die Vernetzung mit der AGJB (Landesarbeitsgemeinschaft der gemeindlichen Jugendarbeit in Bayern) und der KiJU e. V. (Kinder- und Jugendarbeit e. V. – Sitz in Würzburg) kümmern. Auch hinsichtlich des europäischen Freiwilligendienstes wolle sie sich engagieren. Sie erläutert verschiedene Aspekte der Vernetzungsarbeit. Der von ihr betreute Jugendbeirat habe im Berichtszeitraum drei Mal getagt.

Ein Schwerpunkt der Arbeit der Jugendpflege sei im Jahr 2019 das Ferienprogramm gewesen, welches zum dritten Mal durch die Kommunale Allianz Raum Marktheidenfeld e. V. ausgerichtet wurde. Es habe zwar weniger Veranstaltungen gegeben, diese seien jedoch gut ausgelastet gewesen. Frau Namyslo beschreibt weitere Tätigkeitsfelder der Jugendpflege und nennt hierbei die Jugendräume sowie die derzeit aus Sicherheitsgründen gesperrte Skateanlage. Die Minigolfanlage, betreut durch ca. zehn jugendliche Geflüchtete, könne dieses Jahr mit mehr als 1.000 Besuchern aufwarten. Sie weist bereits heute auf das 55jährige Jubiläum der Anlage im kom-

menden Jahr hin.

Der Dank des gesamten Teams der städtischen Jugendarbeit richtet sich abschließend an alle, die in irgendeiner Form Kontakt zur städtischen Jugendpflege und zum Jugendzentrum pflegen.

2. Bürgermeister Harth regt im Zusammenhang mit der Präsentation an, künftig die Streetball-Anlage wieder mehr in den Fokus zu rücken und nennt diese beispielsweise als Aktionsort für einen Programmpunkt des Ferienprogramms der Stadt Marktheidenfeld.

Herr Guggenberger sagt zu, den Hinweis aufzugreifen.

279 Möglicher Bebauungsplan eines Wohnbaugebietes in Marienbrunn

Zwischenzeitlich fand bezüglich eines Wohnbaugebietes in Marienbrunn mit dem beauftragten Büro Röschert Ingenieure aus Würzburg ein Besprechungstermin statt. Das Büro wurde beauftragt Varianten für den nördlichen Teilbereich des im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Allgemeinen Wohngebiets zu erarbeiten und vorzustellen. Von Seiten des Büros wurde darauf verwiesen, dass die Möglichkeit bestünde, die Ausweisung des Wohngebietes im beschleunigten Verfahren (für Wohngebiete im Außenbereich) gem. § 13 b BauGB durchzuführen, wenn bis Ende des Jahres ein entsprechender Aufstellungsbeschluss gefasst wird und das Verfahren bis Ende 2021 abgeschlossen ist.

Angrenzend zum Plangebiet befindet sich ein landwirtschaftliches Anwesen, Flur Nr. 274/3. Möglicherweise besteht für dieses Grundstück, aufgrund der landwirtschaftlichen Nutzung ein Schutzanspruch (Schutzradius) gegenüber der geplanten Wohnnutzung.

Aktuell wird vom Büro Röschert und dem Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten untersucht, ob ein Immissionschutzradius um dieses landwirtschaftliche Anwesen berücksichtigt werden muss.

Nach der Klärung dieses Sachverhaltes können die Vorentwurfspläne weiter vertieft bzw. müssen angepasst werden.

Fraktionsvorsitzender Christian Menig bittet darum, das Büro Röschert zur Eile anzumahnen, da im Jahr 2019 lediglich noch zwei Arbeitssitzungen des Gremiums anberaumt seien.

280 3. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Bischbrunn bzw. Aufstellung des Bebauungsplanes Gewerbegebiet „Kirchstraße“; Beteiligung als Träger öffentliche Belange

Die Gemeinde Bischbrunn beabsichtigt zwischen der Staatsstraße 2312 sowie westlich angrenzend an die Kirchstraße ein Gewerbegebiet zu schaffen. Im Süden grenzt die bestehende Bebauung mit Schule, dem Sportgelände und nachfolgender Wohnbebauung an. Vorgesehen ist auf einer Fläche von 2,3 ha zum einen ein Sondergebiet für großflächigen Einzelhandel für die Nahversorgung sowie ein Gewerbegebiet. Der Bereich des Sondergebietes dient der Bindung eines bestehenden Einzelhandelsbetriebs aus einer Nachbargemeinde, der im Nahbereich erhalten bleiben soll. Der Bereich des Gewerbegebietes ist in der Ansiedlung beschränkt, zum einen um Agglomerationen zu verhindern und zum andern sind aus Lärmschutzgründen Tankstellen, Vergnügungstätten und System-Gastronomie ausgeschlossen.

Im Parallelverfahren wird die für die Aufstellung des Bebauungsplanes erforderliche 3. Änderung des Flächennutzungsplanes durchgeführt. Es handelt sich hierbei um 2,3 ha Ackerland mit Flurwegen, welches als gewerbliche Baufläche sowie als ein sonstiges Sondergebiet festgesetzt wird.

Die Stadt Marktheidenfeld wird durch die Planung nicht tangiert bzw. beeinträchtigt.

Beschluss:

Von Seiten der Stadt Marktheidenfeld bestehen keine Einwände gegen die 3. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie die Aufstellung des Bebauungsplanes Gewerbegebiet „Kirchstraße“.

einstimmig beschlossen Ja 23 Nein 0

281 Haushalt 2020 - Stellungnahmen der Fraktionen

Die Fraktionsvorsitzenden der Freien Wähler, der CSU und der SPD sowie der fraktionslose Stadtrat Keller nehmen zum Haushaltsentwurf für das Jahr 2020 Stellung.

Zunächst bittet die Vorsitzende die Fraktionsvorsitzenden eine Reihenfolge festzulegen. Es spricht zunächst für die Fraktion der Freien Wähler Fraktionsvorsitzender Burkhard Wagner:

„Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates, Vertreter der Verwaltung, liebe Mitbürger!

Mit dieser Haushaltsberatung gehen wir in die Endphase der aktuellen Wahlperiode. Nachdem wir im letzten Haushaltsjahr einen Rekordhaushalt zu beraten hatten, sehen wir uns in diesem Jahr einer erneuten Steigerung gegenüber. Es wird eine weitere Erhöhung des Gesamtvolumens auf über 75 Millionen Euro zu beraten und zu beschließen sein. Wie die Kämmerin bei der Vorstellung des Haushaltes 2020 bereits aufgezeigt hat, werden nach Abschluss der begonnenen Projekte, die Rücklagen der Stadt Marktheidenfeld aufgebraucht sein.

Sicher sind die Investitionen sinnvoll und perspektivisch angelegt, bedeuten jedoch auch, dass die Investitionen in öffentliche Gebäude und die Projekte im Rahmen der Gemeindeentwicklungskonzepte nachhaltige Folgekosten durch Pflege und Instandhaltung auslösen.

Dieses findet seinen Niederschlag im Arbeitsaufwand und damit einhergehend auch bei den Personalkosten . Aktuell stehen 241 Bedienstete in einem Beschäftigungsverhältnis bei der Stadt Marktheidenfeld, was sich nach Eingliederung des Wasserwerkes in den städtischen Haushalt, bei den Personalkosten in Höhe von 9,8 Millionen Euro aufsummiert. Ebenso ist es erstmals seit längerer Zeit notwendig die geplanten Investitionen durch eine Kreditaufnahme zu ermöglichen.

Diesen steigenden Kosten stehen die zu erwartende Gewerbesteuer in Höhe von 10 Millionen Euro gegenüber, sowie die erfreuliche Ansatz der Einnahmen aus der Einkommenssteuer in Höhe von ca. 9,25 Millionen Euro.

In Anbetracht der massiven Investitionen und dem Aufbrauchen der gesamten Rücklagen in Höhe von 42 Millionen Euro, gilt es die weitere Entwicklung unserer Stadt unter dem Leitsatz NOTWENDIGES statt WÜNSCHENSWERTEM fortzuschreiben.

Dieser zurückhaltende Ausblick wird deutlich untermauert durch die aktuellen Prognosen aus dem Bundesfinanzministerium, welche einen Rückgang der Steuereinnahmen für Bund, Länder und Kommunen in den nächsten Jahren voraussieht.

Es gilt von daher die zukünftigen Vorhaben in unserer Stadt nach dieser oben genannten Faustregel zu prüfen und zu priorisieren. Wir sehen diese Schwerpunkte vorrangig in der Schaffung von nachhaltiger verkehrstechnischer und sozialer Infrastruktur sowie der bewussten Berücksichtigung von ökologischen Maßnahmen.

Über unseren Wirkungskreis hinaus mahnen wir nach wie vor ein zügiges Handeln zur Siche-

rung und Ertüchtigung des Schulstandortes Marktheidenfeld an.

Um diesen Herausforderungen gerecht werden zu können, bedarf es weiterhin der bereits oben beschriebenen stabilen Steuereinnahmen, die wir zweifelsohne unseren Unternehmen und Betrieben verdanken. Hierfür gebührt diesen unser ausdrücklicher und aufrichtiger Dank!!!

Wie einleitend beschrieben sehen wir besonders im Bereich Natur, Umwelt, Energie einen besonderen Handlungsschwerpunkt und stellen hierzu nachfolgende Anträge:

Als notwendige Maßnahme zur naturnahen Gestaltung von öffentlichen Flächen beantragen wir die Rekultivierung des Seitenstreifens am ZOB entlang der Luitpoldstraße.

Durch die letztjährige Waldrevision sowie eines kürzlichen Waldbegangs mit Herrn Dr. Netsch sowie unserem Stadtförster Herrn Vogel, wurden wir eindrucklich auf die akuten Schäden in unserem Stadtwald hingewiesen. Um den derzeitigen Bestand zu sichern, Ersatzpflanzungen vorzunehmen sowie notwendige Sanierungsmaßnahmen durchführen zu können, beantragen wir die Bereitstellung von 100.000 €.

Um unsere Forstabteilung bei der Aufarbeitung bestehender Kalamitäten zu unterstützen, stellen wir den Prüfauftrag, ob eine kostenlose Abgabe von geschädigtem Fichtenholz an interessierte Mitbürger möglich ist. Als zwingende Voraussetzung sehen wir selbstverständlich die entsprechende Ausrüstung und die notwendige Fachkenntnis der Interessenten.

Ebenso bitten wir die Verwaltung um eine Prüfung der Möglichkeit, die im städtischen Besitz befindlichen und noch vorhandenen Streuobstbestände entsprechend zu pflegen und zu erhalten. Verbunden damit sehen wir die Prüfung, ob das anfallende Obst entsprechend zu verwerten ist oder kostenfrei interessierten Mitbürgern zur Verfügung gestellt werden kann. Die Hinweisschilder an den entsprechenden Bäumen lassen sich sicher von den Mitarbeitern des Bauhofes mit wenig Aufwand installieren.

Sehr erfreulich ist die kontinuierliche Weiterentwicklung am Projekt „Lebendige Gärten“. Für die Fortführung stellen wir einen Antrag in Höhe von 20.000 €.

Es ist sicher unstrittig, dass das Element Wasser eine wesentliche Grundlage unserer Versorgung darstellt. Sinnvoller Weise fand diese Notwendigkeit stets das einstimmige Einvernehmen in unserem Gremium. Um diese hohe Qualität auch in ausreichendem Umfang sicher zu stellen, stellen wir einen Prüfauftrag an die Verwaltung, wie die nachhaltige Wasserversorgung unserer Stadt auch weiterhin gewährleistet werden kann und welche Maßnahmen kurz-, mittel- und langfristig hierzu nötig sein werden.

Im Bereich der Nutzung umweltfreundlicher Antriebssysteme, erwarten wir nach wie vor eine Kostenermittlung für die Errichtung von Elektro-Ladestationen inklusive Darstellung möglicher Fördermittel von EU, Bund oder Land.

Um unsere Aktivitäten im Bereich Ökologie fachlich kompetent begleitet zu wissen, bitten wir um Prüfung eines Beitritts der Stadt zum Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ sowie Überprüfung der Möglichkeiten zur Durchführung von weiteren Maßnahmen im Rahmen des Förderprogramms „Stadt Grün“.

Um diesen veränderten Anforderungen gerecht zu werden, erlauben wir uns den Vorschlag auf Umbenennung und Neuorganisation unseres Bauamtes in Bau- und Umweltamt. Wir stellen einen Prüfauftrag zur möglichen Umstrukturierung und Änderung von hierarchischen Ebenen. Das bedeutet für uns, dass die Grünkolonie von einem Gärtnermeister geführt wird und direkt dem Leiter des Bau- und Umweltamtes berichtet und unterstellt ist. Als Tätigkeitsgrundlage sehen wir das Bewirtschaftungs- und Pflegekonzept, welches in den beiden zurückliegenden Jahren von uns auf den Weg gebracht wurde und welchem wir bei der Vorstellung im Januar nächsten Jahres gespannt entgegen sehen.

Um den ökologischen Schwerpunkt zu verstärken beantragen wir die Berufung eines Umweltbeauftragten (analog des Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung) aus unserer Bürgerschaft, der zu allen Belangen bezüglich Bau- und Umweltprojekten hinzugezogen und gehört werden kann.

Ebenso beantragen wir weiterhin die obligatorische Prüfung zur Installation von Photovoltaikanlagen auf bestehenden und zukünftigen städtischen Gebäuden.

Stadtentwicklung, Freizeit und Kultur

In diesem Bereich sehen wir vor allem die notwendige Priorisierung der Innenentwicklung. Durch die Einführung eines Flächen-Ressourcen-Managements besitzen wir ein geeignetes Instrument um hier vorausschauend zu agieren. Wir betrachten dieses als wichtiges Handlungsfeld im Rahmen der Stadtentwicklung, zur Stärkung der Kernstadt und auch den Ortskernen unserer Stadtteile.

Als bedeutende Maßnahme in diesem Rahmen stellen wir einen Prüfauftrag zur Erhebung der Nachverdichtungspotentiale im Stadtgebiet, besonders im Hinblick auf die Möglichkeiten im Bereich des ehemaligen Kaufhauses Lermann einschließlich Alter Festplatz. In diesem Zusammenhang bitten wir ebenso um Prüfung von Möglichkeiten um Projekte des generationenverbindenden Wohnens im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ zu initiieren bzw. zu unterstützen.

Bedingt durch klimatische Einflüsse müssen wir leider feststellen, dass natürliche Ressourcen und Ökosysteme beeinträchtigt werden. Deshalb beantragen wir die Prüfung auf nachhaltige Sinnhaftigkeit der aktuellen Planung der Maßnahme am Heubrunnenpark mit Skaterplatz und Kneippanlage, aufgrund der rückläufigen Schüttung des Heubrunnenbaches. In unmittelbarer Nähe befindet sich der Spielplatz an den Maradies-Seen. Dort wird in absehbarer Zeit ein altersangemessenes Spiel- und Bewegungsgerät für ältere Kinder und Jugendliche installiert. Um diesem Personenkreis auch eine entsprechende Ruhe- und Aufenthaltszone anbieten zu können, beantragen wir die Ausstattung mit entsprechenden Sitzgelegenheiten.

Die Begräbniskultur hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt.

Neben der klassischen Beerdigung in Grabreihen auf unseren Friedhöfen haben sich andere Formen, wie z.B. Friedwälder entwickelt, die derzeit einen sehr großen Zuspruch erleben, aber zu Lasten der Belegung unserer Friedhöfe gehen. Auf dem neuen Friedhof ist es uns gelungen zeitgerechte alternative Begräbnisstätten zu errichten. Hier ist, wie im Friedwald, eine laufende Grabpflege durch Angehörige nicht erforderlich.

Wir stellen den Antrag, dass die Verwaltung im Jahr 2020 ein Konzept über die künftige Gestaltungs- und Nutzungsmöglichkeiten aller städtischen Friedhöfe entwickelt, damit auch in Zukunft unsere eigenen Friedhöfe als zeitgerechte würdige Beisetzungsstätten von unseren Bürgern erkannt und angenommen werden. Sollte dazu externe Unterstützung durch entsprechende Planungsbüros notwendig sein, ist von der Verwaltung ein entsprechender Etatansatz zu bestimmen.

Bedauerlicher Weise konnte die GEK-Maßnahme im Stadtteil Marienbrunn, aus verschiedensten Gründen, noch nicht gestartet werden. Wir erwarten jedoch den verbindlichen Beginn sowie die Umsetzung im Frühjahr 2020.

Als einen wichtigen Aspekt für unsere Stadt sehen wir auch im Angebot unseres Freibades. Hier beantragen wir die Reaktivierung der Arbeitsgruppe Wonnemar, um Möglichkeiten für eine weitere Attraktivierung zu erarbeiten, Bedarfe zu klären und zu begleiten.

Dem Umzug der Tourist-Information in die Innenstadt stehen wir prinzipiell offen und positiv gegenüber, jedoch können wir dem ohne ein konkretes Konzept mit Kostenermittlung, für Personal- und Sachausstattung bzw. Kosten für einen Ersatzraum für die VHS-Kurse, nicht zustimmen. Unser Vorschlag wäre eine Anmietung und Unterbringung des Tourismusbüros in einem aktuellen Leerstands-Gebäude, um dies als Pilotprojekt über einen vereinbarten Zeitraum hin, auf Akzeptanz zu testen. Hierzu stellen wir einen Prüfauftrag.

Nachdrücklich betonen möchten wir die Erwartung auf die Errichtung der beiden Schutzhütten des Spessartbundes in den Stadtteilen Zimmern und Marienbrunn.

Nach wie vor besteht unser Antrag auf Erarbeitung eines Vorschlages für die Visualisierung des Schriftzuges „Marktheidenfeld“ an der Mainlände.

Verkehr

Aus ökologischer und städtebaulicher Sicht wird dem Fahrrad- sowie dem antriebsunterstützten Zweiradverkehr innerorts immer mehr Bedeutung zu kommen. Wir stellen deshalb einen Prüfauftrag zur Erstellung einer Übersicht über das städtische Radwegenetz und daraus resultierend die Erarbeitung einer Agenda zum weiteren Ausbau der Radwege in der Kernstadt so-wie zu und zwischen unseren Stadtteilen.

Als Kleinmaßnahme im Bereich des Straßenunterhaltes beantragen wir die Ertüchtigung der Umfahrungsstraße an der Kita Altfeld.

Im Sinne unseres letztjährigen Beschlusses, beantragen wir für den Stadtteil Michelrieth die Herstellung und den barrierearmen Ausbau der Bushaltestelle „Am Forsthaus“.

Erfreulicher Weise erkennen wir, dass nach wie vor viele Angestellte und Arbeitnehmer in unserer Stadt einpendeln und so ihren Beitrag leisten zur guten finanziellen Ausstattung des städtischen Haushaltes. Ebenso wird unsere Altstadt sehr gut frequentiert. Wir sehen uns hier in der Pflicht zur notwendigen Vorhaltung von angemessenen Parkflächen.

Deshalb stellen wir den Antrag auf eine belastbare Prüfung durch ein Planungsbüro zu einer Röhrendurchfahrt zwischen dem Festplatz Martinswiese und dem Brückenparkplatz.

Wir sehen hier den deutlichen Vorteil, dass keine weiteren Flächen verbraucht und umgewidmet werden müssen, sondern vielmehr die vorhandenen Ressourcen effektiv genutzt werden.

Ebenso erkennen wir, wie bereits wiederholt angemahnt, einen Handlungsbedarf im Bereich des Äußeren Rings. Sicher wird derzeit durch ein Unternehmen ein Erweiterungsbau erstellt und zusätzliche Parkflächen hergestellt. Diese Maßnahme wird jedoch den Bedarf nicht abdecken können. Die aktuelle Situation kann getrost als chaotisch beschrieben werden und es ist nicht zu erwarten, dass der Individualverkehr der Einpendler rückläufig sein wird. Aufgrund des erkennbaren Bedarfs an Arbeitskräften sehen wir unsere Kommune hier auch in der Pflicht nach gemeinsamen zukunftsorientierten Lösungen zu suchen.

Deshalb stellen wir den Antrag zur proaktiven Kommunikation mit unseren führenden Industriebetrieben. Wir stellen uns vor, dass gemeinsame Überlegungen angestellt werden wie sich solche Maßnahmen planen und finanzieren lassen. Als Ziel sehen wir hier die Errichtung eines Parkdecks auf dem Gelände der aktuellen Interimslösung der Freiwilligen Feuerwehr. Eine solche Maßnahme erscheint planungsrechtlich gut umsetzbar, da neuerdings eine verkehrstechnische Anbindung an die Karbacher Straße möglich ist.

Bereits jetzt beantragen wir die Versetzung des Ortsdurchfahrts- sowie des Ortseingangsschildes oberhalb der Einfahrt zur Straße „Am Sportzentrum“ (auf Höhe der Mainfränkischen Werkstätten).

Im Sinne der allgemeinen Verkehrsberuhigung sowie eines Abbaus des sogenannten „Schilderwaldes“ stellen wir einen Antrag, dass alle Wohngebiete unserer Stadt als Tempo-30-Zonen ausgewiesen werden. Das bedeutet grundsätzlich, dass die übliche Rechts-vor-Links-Regelung ihre Anwendung findet und nicht notwendige Verkehrszeichen demontiert werden. Besonders auffällig ist diese „Schilderinfation“ in der Ulrich-Willer-Straße und den angrenzenden Straßen. Dieses Gebiet ist ein reines Wohnquartier!

Finanzen

Im Zusammenhang mit den Beratungen zum Sozialen Wohnungsbau konnten wir erfahren, dass ein externes Facility-Management unsere Verwaltung entlastet. Deshalb stellen wir den Prüfauftrag, ob dieses Modell auch für weitere städtische Wohnungen und Liegenschaften incl. Verbrauchskostenverrechnung möglich erscheint.

Ebenso stellen wir einen Prüfauftrag, ob durch Einsatz von Software-Programmen die Abläufe und der Verwaltungsaufgaben an den städtischen Kitas einfacher, flexibler, effektiver und benutzerfreundlicher gestaltet werden kann.

Wir beantragen bei zukünftigen Projekten die Ermittlung der Mehraufwände und Mehrkosten durch die beauftragten Büros. Wir erwarten im Hinblick auf den zukünftigen Unterhalt dieser Maßnahmen eine Darstellung von Kostensteigerungen sowie absehbarem Arbeitsaufwand nach Fertigstellung (Wartung, Instandhaltung, Personalmehrung, Abschreibungen, etc.). Zum Start der Vermarktung unseres Gewerbegebietes Söllershöhe hat der Stadtrat in 2019 einen politischen Preis zum Erwerb der Grundstücke von 50 € pro m² festgelegt.

Die aktuellen Ist-Aufwendungen (primär für Grundstückserwerb) und die im Haushaltsplan 2020 und 2021 eingestellten Beträge (10,6 Millionen Euro) zeigen für die Herstellung des Gewerbegebietes, dass bei Verkauf, der Ansatz des Verkaufspreises von 50 € pro m² zu einer massiven Unterdeckung von über 3 Millionen Euro führen würde.

Für die bislang größte Einzelinvestition der Stadt Marktheidenfeld von aktuell ca. 18,1 Millionen Euro gilt es, die dafür eingesetzten Mittel und Entwicklungen, im Auge zu behalten. Da die ersten Anfragen für das Gebiet zu erwarten sind, ist eine Anpassung, wie bei der Erstfestlegung im Stadtrat besprochen, vorzunehmen. Im Rahmen einer soliden Haushaltsfinanzierung stellen wir den Antrag für Neuanfragen ab 01.01.2020, den m² -Preis auf 60,00 € anzuheben und eine jährliche Überprüfung des m²-Preises durch die Kämmerei dem Stadtrat zur Kenntnis vorzulegen.

Darüber hinaus beantragen wir den Kaufpreis im Gewerbegebiet Schlossfeld ebenfalls auf 60 Euro pro m² anzuheben. Diese beiden Gewerbegebiete bilden die Flächenreserven für die Weiterentwicklung unserer Stadt als Gewerbe- und Industriestandort. Der Ankauf sowie die Erschließung dieser Flächen wurden mit öffentlichen Mitteln finanziert und sind auch eine Grundlage für weitere notwendige Investitionen. Wir haben nichts zu verschenken!!!

Schulen, Kinder, Jugend, Familien und Bildung

Wie in der Vergangenheit bereits mehrfach betont erwarten und beantragen wir die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes für die Erweiterungsbauten unserer Grundschule mit Mensa, im Hinblick auf die Berücksichtigung unseres städtischen Musikinstitutes. Wir erkennen hier einen klaren Synergie-Effekt besonders aus dem Blickwinkel der Ganztagsbetreuung unserer Kinder und Jugendlichen.

Bei der Mittelschule zeichnet sich für die nächsten Jahre ein erheblicher Sanierungsbedarf ab, was unsere Stadt als größte Mitgliedsgemeinde dieses Schulverbandes spürbar belasten wird. Dies gilt es bei der mittelfristigen Finanzplanung zu berücksichtigen.

Bedauerlicher Weise liegen uns nach wie vor keine weiteren und differenzierten Planungen im Bezug auf die Umsetzung des Schulkonzeptes für die kreiseigenen Schulen seitens des Landkreises Main-Spessart vor.

Wir fordern nachdrücklich eine zeitnahe Errichtung und Vorhaltung von angemessenen und zeitgemäßen Unterrichtsgebäuden für die Schulen in Trägerschaft des Landkreises Main-Spessart.

Die künftige Nutzung des Krankenhauses in Marktheidenfeld zu begleiten und zu unterstützen ist auch 2020 eine sehr wichtige Aufgabe für unser Ratsgremium.

Die geriatrische Reha hat sich in den letzten Jahren sehr gut etabliert und ist auch von der Zeitschrift „Focus Money“ als Top-Reha-Klinik ausgezeichnet worden.

Das Angebot wurde vor kurzem um eine Geriatrische Institutsambulanz (GIA) erweitert, die Hausärzte bei der Behandlung von multimorbiden geriatrischen Patienten berät und unterstützt.

Wir freuen uns, dass durch das erfolgreiche Reha-Angebot viele qualifizierte Arbeitsplätze am

Klinikum gehalten werden können.

Das Facharztangebot soll weiter ausgebaut werden. Da es hier von der kassenärztlichen Vereinigung jedoch Niederlassungsbeschränkungen gibt, wollen wir Fachärzte unterstützen, die am Klinikstandort eine Zweigpraxis einrichten wollen.

Ziel muss es sein ein hier in Marktheidenfeld auf Dauer ein umfassendes Haus- und Facharztangebot zu etablieren.

Zum Abschluss unserer Stellungnahme möchten wir es nicht versäumen, uns ausdrücklich bei allen zu bedanken, die sich in unserer Stadt in Vereinen, Hilfs- und Rettungsdiensten, den Feuerwehren, als Aktivposten in Beiräten und Projektgruppen sowie im sportlichen, sozialen und religiösen Ehrenamt engagieren.

In verschiedenen Zusammenhängen haben wir auf diese wertvollen Dienste an der Allgemeinheit hingewiesen und deren große Wichtigkeit betont.

Von allen Mitbürgern, Mandatsträgern und Institutionen kann verlangt werden diesen Engagements den notwendigen Respekt entgegenzubringen.

Zum Ende unserer Ausführungen darf ich mich erneut, und nicht nur aus Gründen der Höflichkeit, bei unserer Ersten Bürgermeisterin und den Damen und Herren des Sitzungsdienstes und der gesamten Verwaltung für die konstruktive Zusammenarbeit bedanken.

Besten Dank für die Aufmerksamkeit“

Anschließend spricht für die Fraktion der CSU Fraktionsvorsitzender Christian Menig:

„Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen, Frau Herrmann, meine Damen und Herren,

wie in den Sitzungen des Finanzausschusses erläutert und dann in der letzten Sitzung des Stadtrates vorgestellt, steht die Stadt Marktheidenfeld für das Jahr 2020 vor einem Rekordhaushalt mit einem Gesamtvolumen von 75 Mio. Euro.

Für die getätigten Vorarbeiten und die Aufstellung des Haushaltes schon jetzt unser Dank an Sie, Frau Herrmann und alle Mitarbeiter, die für das umfangreiche Zahlenwerk verantwortlich sind.

Im Jahr 2019 kann noch eine Zuführung vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt von gut 3 Mio. Euro erfolgen, was eigentlich bedeutet, die Stadt erwirtschaftet erneut einen Jahresüberschuss. Allerdings sinken die Rücklagen kontinuierlich, von ehemals weit über 40 Mio. Euro auf gut 25 Mio. Euro zum 31.12.2019.

Wir gehen davon aus, dass in diesem Betrag auch 500.000,00 Euro für die Nachnutzung des Krankenhauses bzw. die Gesundheitsversorgung in Marktheidenfeld enthalten sind, ebenso gemäß Beschluss ein Millionenbetrag, für die in ein paar Jahren anstehende Sanierung der Neue Mainbrücke.

Sollten alle im Haushalt 2020 enthaltenen Maßnahmen und in der Mittelfristigen Finanzplanung bis 2023 geplanten Investitionen umgesetzt werden, ist dies nur durch Kreditaufnahmen zu realisieren. Kontinuierlich verteilt auf die Jahre 2020 bis 2023 wären dies insgesamt rund 9,5 Mio. Euro! Sind die fetten Jahre in Marktheidenfeld nun also vorbei?

Nein, wir wollen und müssen nicht zu schwarzmalen. Auch die Einnahmen entwickeln sich. Sie sind für die Jahre 2020 bis 2023 nicht zu euphorisch, aber auch nicht zu zurückhaltend in die Planungen eingestellt.

Gerade die Steuereinnahmen, eigentlich schon immer der Trumpf der Stadt Marktheidenfeld. Für das kommende Jahr sind 10 Mio. Euro an Gewerbesteuer in den Haushalt eingestellt und es besteht die berechtigte Hoffnung, dass dieser Wert auch erreicht wird. Wir möchten uns hier ausdrücklich bei den Firmen und Gewerbetreibenden bedanken, die durch ihr erfolgreiches Handeln erheblich zur finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt Marktheidenfeld beitragen.

Nicht nur deshalb muss die Stadt den Firmen und Gewerbetreibenden noch mehr Möglichkeiten und Anreize für Ansiedlungen und Investitionen im gesamten Stadtgebiet bieten. Eine engere Verzahnung muss geschaffen werden und der Austausch bzw. die regelmäßige Kommunikation, gerade auch mit dem Mittelstand oder kleineren Firmen sollte verbessert werden.

Während die Gewerbesteuer nicht genau kalkulierbar ist und Schwankungen unterliegt, ist die vor allem daraus resultierende Kreisumlage zwei Jahre später immer ein schmerzhafter Ausgabeposten, für 2020 stehen gut 8 Mio. Euro an.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer, der auch vor Ort verbleibt, steigt stetig an und beträgt mittlerweile 9,25 Mio. Euro, prognostiziert für 2020. Eine überaus positive, nennenswerte und erfreuliche Entwicklung!

Zur angesprochenen Verminderung der Rücklagen hat natürlich auch beigetragen, dass die Stadt mit dem Erwerb der Flächen im Gewerbegebiet „Söllershöhe“ erheblich, aber weitsichtig in Vorleistung gegangen ist. Nach Fertigstellung der Erschließung wird hier ein tolles Gewerbegebiet entstehen, sowohl von der Lage, als auch von der Größe. Wir bitten, die bereits laufende Vermarktung beizubehalten oder noch zu intensivieren.

Für die GEK-Projekte, die in jedem Stadtteil schon durchgeführt wurden bzw. noch werden, hat die Stadt fast 8,5 Mio. Euro investiert bzw. bereitgestellt. Eine Förderung ist bereits erfolgt und wird für anstehende Projekte, hier seien für das kommende Jahr, vor allem das Bürgerhaus Michelrieth und der Ortseingang in Marienbrunn zu erwähnen, noch erfolgen. Aber wir dürfen uns nicht blenden lassen, von kolportierten 60 % Förderung aufwärts, sind wir doch einiges entfernt. Alle Kosten sind nämlich nicht förderfähig, so dass die Stadt über die Hälfte der Gesamtkosten und somit ca. 4,5 Mio. Euro für die Attraktivierung der Stadtteile aufwenden wird.

Auch für den barrierefreien Ausbau der Altstadt wird und wurde investiert, immerhin insgesamt gut 1,6 Mio. Euro, wofür wir ebenfalls eine Förderung erhalten, die sich aber einiges unterhalb des siebenstelligen Bereiches bewegt.

In diesem Zusammenhang müssen hier auch die enorm gestiegenen Baukosten erwähnt werden. Sicherlich kein Phänomen nur in Marktheidenfeld, aber diese Tatsache schlägt kräftig zu Buche. Als Beispiele müssen hier das Feuerwehrhaus und der Kindergarten Baumhofstraße in der Kernstadt, sowie das Bürgerhaus in Glasofen, der Schwabsgraben in Zimmern und die schon angesprochene und anstehende Maßnahme beim Bürgerhaus in Michelrieth angeführt werden. Preissteigerungen von 25% bis 40% müssen hier geschultert werden. In Summe macht dies für die gerade genannten Maßnahmen, einen Betrag von ca. 7 Mio. Euro aus. Nur für den Hinterkopf! Wir haben gut, aber auch teuer investiert!

Der dringend notwendige Soziale Wohnungsbau Säule II am Südring schlägt mit Baukosten von ca. 6,0 Mio. Euro, was einem qm-Preis von über 2.800,00 Euro entspricht, zu Buche.

Noch dramatischer, hier sind keinerlei Kosten für Grunderwerb enthalten. Ich erspare uns jetzt die Berechnung des dann vorliegenden Quadratmeterpreises! Was ist daran Sozialer Wohnungsbau? Hier werden Kommunen erheblich zur Kasse gebeten. Wie ist dies zu rechtfertigen, wenn alleine die Planungsphase für die dringendst benötigten Wohnungen deutlich länger als zwei Jahre dauert und so von einer Umsetzungsdauer von ca. vier Jahren ausgegangen werden muss. Hoffen wir, dass diese Entwicklung in naher Zukunft aufzuhalten ist.

Nach diesen allgemeinen, teils erfreulichen, teils fast besorgniserregenden Tatsachen komme ich nun zu konkreten Feststellungen, Forderungen, Anträgen und Änderungswünschen für den Haushalt 2020 und die Jahren darüber hinaus.

Schon kurz gestreift, die erfreuliche Einkommensteuerbeteiligung der Stadt, die durch den Wohnsitz der Arbeitnehmer beeinflusst wird. Logische Folgerung hieraus, Arbeitnehmer brauchen Wohnraum, und zwar Wohnraum in Marktheidenfeld. Die nach unserer Meinung viel zu zaghaft angegangene Prüfung für ein Baugebiet am „Strickberg“ muss dringend intensiviert werden. Hier gibt es ausreichend städtische Flächen zur Erschließung. Hier gilt es zu handeln! Die Planung, für die in 2020 insgesamt 170.000,00 Euro eingestellt sind, muss im ersten Quartal 2020 vorgestellt werden. Und wir betonen ausdrücklich, nicht lustlos und abwertend, sondern realistisch.

Dies bringt uns dann logischerweise zu der Forderung, die Kosten für die Umsetzung der Baumaßnahme aus den Jahren 2022 und 2023 nach vorne zu ziehen.

Wir gehen soweit, da Mittel für den Bebauungsplan schon für 2020 vorgesehen sind, auch erste Baumaßnahmen in 2020 mit einem Kostenansatz zu decken. Erschließungsmaßnahmen müssen möglich gemacht werden! Aber selbst dieses Baugebiet wird den Bedarf an Wohnraum in der Kernstadt nicht decken. Daher bitten wir offensive Überlegungen anzustellen, ein Baugebiet oberhalb des neuen Friedhofes, in südlicher Richtung, hin zur Mozartstraße zu erschließen bzw. auf den Weg zu bringen. Hier sind Stadtverwaltung und Stadtrat gleichermaßen gefragt. Grundstücksverhandlungen und konkrete Planungen sollten angegangen werden. Denn der Grundsatz ist nicht zu widerlegen, wir brauchen Bauplätze bzw. Wohnraum in der Kernstadt!

Möglicherweise parallel zu dieser Haushaltsrede werden Varianten zu einer möglichen Entstehung eines kleinen Baugebietes auf städtischen Flächen am Ortsrand von Marienbrunn vorgestellt. Kosten für den Bebauungsplan sind im Haushalt 2020 enthalten. Auch hier sollten Erschließungsmaßnahmen eingeplant werden. Wir bitten das mögliche beschleunigte Verfahren zu nutzen, um hier möglichst zeitnah nach Erschließung auch Baureife schaffen zu können.

Genauso muss der Ansatz für das Baugebiet „Märzfeld“ in Altfeld nach vorne gezogen werden. Hier sind Erschließungskosten erst ab dem Jahr 2021 eingestellt, was nach den Beschlüssen der letzten Sitzung, nicht nachzuvollziehen ist. Die Maßnahme kann zeitnah begonnen werden und auch hier ist Bedarf an Wohnraum und Bauplätzen. Andere umliegende Gemeinden machen es uns vor!

Ausdrücklich begrüßen wir die eingestellten Kosten zur Sicherung der Trinkwasserversorgung und Trinkwasserreinheit im Stadtgebiet. Wir bekräftigen hier gerne einen Antrag der SPD-Fraktion unlängst, dass dieses Thema oberste Priorität haben muss.

Unter anderem deshalb, bitten wir um Verschiebung des Ansatzes zur Erweiterung des Parkplatzes am Lohgraben von je 400.000,00 Euro aus den Jahren 2020 und 2021 zeitlich nach hinten. Anders verhält es sich nach unserer Auffassung mit der Parksituation am Äußeren Ring, gerade im Bereich neben der Tennishalle. Hier bitten wir um dringenden Dialog mit den angrenzenden Firmen, die den Parkraum nutzen, wie hier gemeinsam Verbesserungen zu erzielen sind. Es ist nicht Hauptaufgabe der Kommune, für Firmen Parkflächen zu schaffen und es ist nicht Pflicht von Firmen, ihren Mitarbeitern jeweils Parkplätze zur Verfügung zu stellen.

In diesem Zusammenhang muss der Alte Festplatz angesprochen werden. Ein, bzw. das Filetstück mitten in der Stadt, kann nicht auf Dauer als Parkplatz verschwendet werden. Klar, die Parkplätze werden benötigt, aber nicht auf dieser Ebene und in diesem Zustand. Es gab schon viele Gedanken, Wettbewerbe, Ansiedlungspläne und ähnliches. Nach unserer Meinung, und auch als klare Forderung, müssen hier wieder Ideen gesammelt werden. Wohnraum, Gewerbe,

Erholungsfläche, ohne Denkverbote! Einzige Vorgabe, die Parkplätze verschwinden unter der Erde!

Ein weitbekanntes Kunst- und Kulturzentrum ist unser Franck-Haus. Wir bitten hier um einen Kostenansatz für den Einbau eines Aufzuges in einem aktuell als Stauraum genutzten Raum, im Innenhof auf der linken Seite. Das Architekturbüro Wiener hat hier in der Vergangenheit einen Vorschlag erarbeitet, den wir bitten, zu aktualisieren und nach erneuter Vorstellung im Stadtrat auch umzusetzen. Hierfür sollten wir einen Betrag von maximal 200.000,00 Euro in den Haushalt einstellen. Mit dieser Maßnahme ermöglichen wir den barrierefreien Zugang in den vorderen Bereich, was eine erhebliche Verbesserung darstellt. Wenn wir ehrlich zu uns selbst sind, muss uns bewusst sein, dass eine komplette Barrierefreiheit in diesem Anwesen nicht möglich ist. Eine bauliche Veränderung im hinteren Trakt des Gebäudes lehnen wir deshalb auch schweren Herzens ab.

Ebenso lehnen wir die Einstellung von Kosten für den Umzug der Tourist-Information in die Alte Schmiede ab. Die Alte Schmiede wird von der VHS benötigt und auch genutzt. Zukünftigen möglichen Veränderungen erteilen wir keine generelle Absage.

Großer Sprung hin zur Laurenzi-Messe, die auch viele Besucher in unsere Stadt zieht. Hier bitten wir um Überprüfung und Kürzung der laufenden Kosten, die einfach wieder um 60.000,00 Euro im Vergleich zu 2019 steigen. Das kann kein Dauerzustand sein in diesem Bereich.

Ebenso ist der Zuschuss der Volkshochschule um 55.000,00 Euro angestiegen, zwar in Unterlagen herrlich aufgegliedert, allerdings weder besprochen, noch begründet.

Öffentliche Ordnung:

Im Wesentlichen resultiert der Kostenanstieg aus der Stundenmehrung bei der Verkehrsüberwachung. Dieser steigt von 100.000,00 Euro auf 150.000,00 Euro an, ganze 50%. Während sich auf der Einnahmenseite keine Veränderungen ergeben sollen, und diese bei 80.000,00 Euro bleiben. Unter diesen Umständen macht eine Erweiterung der Überwachung eigentlich wenig Sinn.

Laurenzi-Messe, VHS und Verkehrsüberwachung sind jetzt nur drei Beispiele, es wären sicher noch weitere zu erwähnen. Aber schon hier werden in den laufenden Verwaltungskosten fast 200.000,00 Euro mehr als im Vorjahr angesetzt.

Wir müssen hier dringend um etwas weniger kontinuierliche Erhöhungen und ab und zu auch Nachfragen bei den Antragsstellern oder Kostenverursachern bitten. Hier und dort ein bisschen bremsen, würde sicher eine anstehende Kreditaufnahme mindern und außerdem wissen wir alle, wenn ein Ansatz mal im Haushalt war, wird dieser ausgereizt und selten gekürzt.

Deutlich bitten wir um die Streichung der Ansätze für den Kauf von Elektrofahrzeugen. Diese sehr lobenswerte Antriebsart ist aktuell absolut richtig, möglicherweise aber im Zeitalter des Klimawandels auch bald überholt. Daher bitten wir darum, die Fahrzeuge anzuschaffen, aber zu leasen. Hiermit fahren wir im wahrsten Sinne des Wortes günstiger, Stichwort Kommunal-Leasing.

Der Ansatz für die Erweiterung bzw. Erneuerung der Straßenbeleuchtung im Stadtteil Glasofen für 2020 in Höhe von 80.000,00 Euro im Bereich des neuen Bürgerhauses und einer laufenden Baumaßnahme ist berechtigt. Den Ansatz von weiteren 180.000,00 Euro im Jahr 2021 bitten wir zu überprüfen und zu erläutern, denn einfach noch gute Straßenoberflächen aufzureißen und noch ausreichende Beleuchtung auszutauschen, macht nach unserer Auffassung keinen großen Sinn und rechtfertigt diesen Betrag nicht.

Den Ansatz von 400.000,00 Euro im Stadtbauhof für eine Erweiterung oder eine neue Halle, zugegeben erst im Jahr 2023, bitten wir zu streichen. Hier werden Begehrlichkeiten geweckt, die unserer Meinung nach nicht notwendig sind.

Kostenansätze einzustellen hingegen bitten wir für Verbesserung der Zustände der Leichenhäuser und deren Umfeld im Altstadtfriedhof und im Friedhof in Altfeld. Von den unlängst im Stadtrat durch das Ingenieurbüro Wiener vorgestellten Möglichkeiten, sprechen wir uns jeweils für die Variante II aus. Wir bitten um zeitnahe Umsetzung auf beiden Friedhöfen. Nach unserer Auffassung reicht es problemlos aus, jeweils eine barrierefreie Toilette vorzusehen. Im Altstadtfriedhof mit Zugang auch von außerhalb, damit die Richtlinien der Städtebauförderung eingehalten werden, in Altfeld bitte so anordnen, dass keine größeren Kosten für Kanalanschluss und ähnliches entstehen. Die notwendigen Leitungen liegen bereits in unmittelbarer Nähe.

Im Bereich der Städtischen Mietobjekte sind für den Austausch von sechs Heizthermen in 2020 und weiteren fünf in 2021 insgesamt 90.000,00 Euro angesetzt. Hier bitten wir um Information, ob dies notwendig ist, oder nur erfolgt, weil eine gewisse Zeit verstrichen ist. Kann hier sinnvoll Energie eingespart werden? Sollten hier keine Vorteile entstehen, müsste dies nicht umgesetzt werden.

Den Ansatz von 80.000,00 Euro für ein Statisches Parkleitsystem bitten wir zu streichen! Aktuell unnötig, nicht zielführend, um nicht zu sagen, aktuell eigentlich sinnlos!

Einen pauschalen Ansatz von gar 100.000,00 Euro pro Jahr für die Beteiligung an Tiefbaumaßnahmen im Wonnemar bitten wir dringend zu streichen. Hier können evtl. bei konkreten, notwendigen und sinnhaften Maßnahmen Zuschüsse gegeben werden, aber in einer Dimension, die der laufende Verwaltungshaushalt aushält.

Einen plötzlich aufgetauchten Ansatz für Gewährleistung bei Straßenbau, Kanalbau und Wasserleitungsbau von jeweils 50.000,00 Euro erschließt sich uns in dieser Höhe nicht. Wird hierdurch der Haushalt nur aufgebläht oder haben die Ansätze einen tieferen Sinn und können erläutert werden?

Der Ansatz von 20.000,00 Euro beim Ankauf von Kunstobjekten im Jahr 2020 soll sicher nicht mit dem vorherigen Absatz in Verbindung gebracht werden, aber auch hier bitten wir um Streichung oder erhebliche Kürzung des finanziellen Beitrages für die Stadt, zum Beispiel durch Sponsorenbeteiligung.

Mehrkosten für die Stadt bzw. weniger Einnahmen könnten wir uns gut vorstellen, indem wir den Stadtbus kostenlos für die Nutzer zur Verfügung stellen. Um etwas über 30.000,00 Euro würde sich das Defizit dieser Kostenstelle durch die Kostenfreiheit erhöhen.

Sollten wir die von uns, in den letzten Absätzen, angeregten Einsparungen umsetzen, wäre dieser Betrag mehrfach gedeckt und wir könnten auch prüfen, was durch den ÖPNV bei den Linienbetreibern ankommt, wenn Bürger aus unseren Stadtteilen zum Stadtbustarif in die Kernstadt fahren. Wir bitten um Mitteilung und sind fast sicher, auch diesen Betrag noch unterzubringen bzw. zu übernehmen. Dies sehen wir als guten Beitrag zur sinnvollen ökologischen Weiterentwicklung unserer Stadt.

Das Wort Digitalisierung möchten wir im Zusammenhang mit dieser Haushaltsrede bewusst ansprechen. Die digitale Entwicklung gibt Kommunen die Möglichkeit, intensiver mit ihren Bürgerinnen und Bürgern zu sprechen, sich für sie sichtbarer zu machen und das Dienstleistungsangebot auf einfache und zeitsparende Art zu verbessern. Wir denken, es muss für den großen Bereich „Digitalisierung“ für 2020 kein eigener Kostenansatz in den Haushalt eingestellt werden, aber wir bitten darum, Anfang 2020 Planungen oder Überlegungen seitens der Verwaltung vorzustellen, wie mit dieser Zukunftsaufgabe umgegangen werden soll.

Ein sehr wichtiges Anliegen ist es uns, die zurecht verordnete Denkpause im Bereich, ich nenne es einmal, Mainkai, Parkplatz, Spielplatz, Baustraße und ähnlichem, sinnvoll zu nutzen und ALLEN Beteiligten, Betroffenen und Interessierten in offener Kommunikation, die Gelegenheit zu geben, sich einzubringen.

Die Denkpause soll eine Zeit zum Nachdenken sein, die sicher gut gefüllt ist, wenn man sich den Bereich von der Neuen Mainbrücke bis zum Felsenkeller ins Gedächtnis ruft. Stichwort Mainufergestaltung! Hier könnten wir uns einen Ansatz für eventuelle Planungen oder Gutachten in Höhe von 50.000,00 Euro vorstellen, der nach Ablauf der beschlossenen Frist zur Verfügung stehen könnte.

Was die Alte Mainbrücke angeht, stellt sich uns die Frage, ob es hier schon jahrelange Denkpausen gibt oder ob bereits Entscheidungen getroffen wurden, die nur noch nicht kommuniziert wurden. Für die weiteren Planungen der Stadt ist es daher von großer Bedeutung, belastbare Auskünfte über den aktuellen Planungsstand zu bekommen, was wir hiermit für das erste Quartal 2020 einfordern.

Dies waren nach unserer Ansicht, sinnvolle und konkrete Änderungsvorschläge für den Haushalt 2020 und die Folgejahre bis 2023.

Die Stadt Marktheidenfeld steht nach wie vor finanziell auf sicheren Füßen, aber es gilt, nachhaltig und wie bisher immer, überlegt zu handeln und zu investieren.

Dafür, dass dies auch im jetzt bald abgelaufenen Jahr wieder so gehandhabt wurde, bedanken wir uns zuerst bei Ihnen, Frau Bürgermeisterin, und Ihnen, Frau Herrmann als Kämmerin, mit der Bitte, diesen Dank an alle weiteren 239 Beschäftigten der Stadt weiterzugeben, die sich zum Wohle Marktheidenfelds einsetzen.

Weiterer Dank an alle Ehrenamtlichen, die sich in Beiräten, Vereinen und Hilfsorganisationen einbringen und somit viel kostbare Zeit für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger investieren.

Diesen unverzichtbaren Helfern Vielen Dank und Ihnen Danke für die Aufmerksamkeit!“

Fraktionsvorsitzender Hermann Menig spricht für die Fraktion der SPD:

„Frau Bürgermeisterin, Frau Herrmann, werte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats, Vertreter der Verwaltung, der Presse und interessierte Zuhörer.

Vorab möchte ich mich bei unserer Kämmerin, Frau Herrmann, für die sehr anschauliche und schlüssige Darstellung ihres Haushaltsentwurfes bedanken.

In diesem Jahr werde ich mit einer Tradition brechen und im Hinblick auf den zu beschließenden Rekordhaushalt 2020 von 75 Millionen Euro auch einige Anmerkungen dazu zu Gehör bringen.

Es ist allgemein bekannt, dass die Stadt etwa durch gute Gewerbesteuereinnahmen und nicht zu vergessenden Anteile am Umsatzsteuer- und Einkommensteueraufkommen in der Lage ist, Investitionen planen und umsetzen zu können. So werden derzeit gut 30 laufende Projekte sicher weitergeführt oder vollendet und es besteht auch die Möglichkeit nicht erledigte Dinge aus den letzten Haushaltsjahren fortzuschreiben oder auszuführen. Aber darüber mehr im Verlauf meiner Rede. Die gute Finanzlage, auch im kommenden Jahr mit vorsichtig geschätzten 10 Mio. Gewerbesteuer und verlässlichen 9,25 Mio. Umsatz- und Einkommenssteueranteilen lässt auch 2020 Handlungsräume zu. Sicherlich ist auch eine Rücklagenentnahme von gut 18 Mio. vorgesehen, um den geplanten Haushalt auszugleichen.

Unseres Erachtens nach wird aber das prognostizierte Abschmelzen der Rücklagen langsamer von statten gehen wie vermutet, denn der Trend der letzten Haushaltsjahre zeigte, dass es kaum möglich ist, aus verschiedenen Gründen, sämtliche Vorhaben im aktuellen Haushaltsjahr auch umzusetzen. Überträge von bereitgestellten und nicht benötigten Finanzmitteln werden deshalb immer wieder in den nächsten Haushalt überstellt und führen auch deshalb zu immer neuen Rekordergebnissen.

Sicherlich ist auch gerechtfertigt, für den sozialen Wohnungsbau eine Kreditaufnahme zu planen, zumal hier Finanzmittel für günstigste Bedingungen zu bekommen sind. Der Bau dieser Wohnanlage am Südring, die sog. Säule 2, ist sehr wichtig und richtig. Damit wird unseres Erachtens ein erheblicher Beitrag für die „Soziale Stadt Marktheidenfeld“ geleistet. Bedauerlich ist allerdings die lange Verfahrensdauer und die festzustellende Kostenentwicklung.

Die teils erheblichen Kostensteigerungen, gerade bei Baumaßnahmen, geben Anlass zur Sorge. Es wäre zu empfehlen, dass die Bauabteilung in Zukunft die Planer noch stärker auf die im Haushalt eingestellten Finanzmittel orientiert. Wie festzustellen ist, laufen die Kosten oftmals nicht erst bei der Ausschreibung und bei der konkreten Umsetzung davon, sondern bereits bei der Projektierung.

Es wäre sehr hilfreich für die Beratungen im Stadtrat, wenn bei den Planungen Alternativen zwischen kostengünstiger und optimaler Lösung dargestellt würden und nicht nur mit „schöngeredeten“ Kosten, die dann förmlich explodieren.

Wie der Haushaltsplanung 2020 zu entnehmen ist, beträgt der sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand gut 18 Mio. Euro. Gut 1 Mio. daraus beinhalten die Unterhaltskosten für Grundstücke und Gebäude. Es muss darauf hingewiesen werden, dass neue und aufwändigere Gebäude in Zukunft auch höheren Instandhaltungsaufwand bedürfen. Dies sollte unbedingt im Blick behalten werden für künftige Haushaltsplanungen.

Um weiter von zukünftigem Aufwand zu sprechen lassen sie mich noch ein paar Worte zu den vorgesehenen Personalkosten verlieren. Der Eine oder Andere sieht die Personalkostensteigerung von knapp 8,7 Mio im Haushaltsjahr 2019 auf gut 9,7 Mio. in 2020 kritisch und mahnt Zurückhaltung beim Stellenplan an.

Wir sehen dies, den Stellenplan und die Stellenmehrung weniger kritisch, da absolut notwendig. Zum einen werden zwischenzeitlich 240 Personen bei der Stadt Marktheidenfeld beschäftigt, was natürlich auch Auswirkungen auf die Höhe der Personalkosten hat. Die gestiegenen Personalkosten sind nicht nur der Tarifentwicklung oder dem Personalbedarf in den Kitas geschuldet, sondern auch nötig gewordenen Umstrukturierungen z. B. in der Kernverwaltung oder Stellenmehrung von Hausmeistern und bei der Grünkolonie. Denn immer komplexere und technischere Anlagen und immer mehr Grünanlagen bringen auch einfach mehr Arbeit und einen größeren Stellenbedarf.

Wir begrüßen es außerordentlich, dass die Geschäftsleitung mit Neustrukturierungen in der Kernverwaltung beabsichtigt, neuen Anforderungen gerecht zu werden. Außerdem freuen wir uns darüber, dass schon nach kurzer Zeit entscheidende Fortschritte bei der Beschäftigung von Schwerbehinderten bei der Stadt erzielt werden konnten.

Wenn Stellenmehrungen und der Ruf nach Einsparungen aber zur Folge hatten, dass die Öffnungszeiten im Bürgerbüro verringert werden, dann ist das unseres Erachtens der falsche Weg. Wir bitten deshalb um eine baldige Rückkehr zu den bisherigen Öffnungszeiten des Bürgerbüros, die sich durchaus bewährt haben.

Aktuelle Probleme bei der Personalgewinnung im öffentlichen Dienst zeigen uns, dass mittelfristig der Fokus insgesamt auf Personalentwicklung, Personalführung und das Erkennen von Synergien gerichtet sein muss. Über die Zuhilfenahme externer Dienstleister (für Analyse und Coaching) ist nachzudenken. Die Herausforderung „E-Gouvernement in Bayern und Digitalisierung“ in der Verwaltung macht Schulung und Fortbildung nötig. Die Frage wäre, welcher finanzielle Rahmen ist dafür nötig?

Um das Thema Personal abzuschließen möchte ich hier ausdrücklich betonen, dass wir sehr froh darüber sind, dass endlich ein gutes, vernünftiges und offensichtlich gut funktionierendes Team das städt. Jugendhaus „MainHaus“ betreut und wir sind voller Lob für die hervorragende Personalauswahl.

Doch nun zum Kern meiner diesjährigen Haushaltsrede und den daraus resultierenden Anträgen und Aufträge.

- Wir bitten darum, einen weitaus größeren Augenmerk auf die Entwicklung der Infrastruktur, zum Beispiel der zukünftigen Wasserversorgung zu legen und beantragen im Haushalt 2020 einen finanziellen Rahmen zu schaffen, um bald mit Bohrungen bzw. die Suche nach Trinkwasser zu forcieren, um baldigste Ergebnisse zu erzielen. Wir benötigen unseres Erachtens dringend einen neuen Brunnen, um die Trinkwasserversorgung für die Zukunft ausreichend zu gewährleisten. Dies muss einhergehen mit der Sicherung des Wasserschutzbereiches.
- Darüber hinaus müssen finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um eventuell notwendige Investitionen in der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung zu ermitteln und durchzuführen. Wir begrüßen deshalb, dass nunmehr kurz und mittelfristig eine finanzielle Grundlage zur Beseitigung der Rückstapprobleme im Abwassersystem an der Udo-Lermann-Straße, Eltertstraße und Sudetenstraße eingeplant ist.
- Desweiteren sollte zusammen mit der Umgestaltung des Heubrunnenbachgeländes unterhalb des Wonnemar, sowie des Skaterplatzes, was ja endlich 2020 los gehen soll, auch eine Kanalsanierung des dortigen Bereichs „Am Maradies“ ins Auge zu fassen. Entsprechende Haushaltsmittel wären dazu im Haushaltsplan einzustellen.
- Das Quartier Luitpoldstraße – Baumhofstraße – Ringstraße – Kreuzbergstraße sollte alsbald als Mischgebiet überplant werden, vor allem hinsichtlich von Baugrenzen und der Kubaturen.
- Die SPD-Fraktion hat bereits im Zuge der Haushaltsberatungen für 2019 und in einem Antrag zum Jahresbeginn 2019 eine Agenda gefordert im Bezug darauf, wie der Zeitplan des Ablaufs von Umbau und Erweiterung der KITAS Kolpingstraße und Lohgraben im laufenden Betrieb sein soll. Planungsaufträge allein reichen nicht aus, um den Ablauf hinsichtlich Unterbringung der Kinder in der Bauphase, mit welcher Maßnahme begonnen wird oder wie lange sie dauern werden. Es muss eine logische und praktische Abfolge der einzelnen Schritte vereinbart werden.
- Außerdem weisen wir auf die aktuelle Problematik hin, ausreichende Krippenplätze in naher Zukunft einzuplanen und entsprechende Erhebungen zu machen.
- Neben dem bereits erwähnten sozialen Wohnungsbau ist bei uns auch die Barrierefreiheit ein großes Thema und hier insbesondere das Franck-Haus. Wir bedauern es außerordentlich, dass die Sanierungsarbeiten an diesem Alleinstellungsmerkmal der Stadt erst jetzt so langsam in Gang kommen. Ich spreche dabei nicht unbedingt von der Barrierefreiheit, sondern von der Sanierung der Substanz zum Erhalt des historischen Gebäudes. Genauer von der Instandsetzung der Giebel und des Sockels.

Wie bereits in den Haushaltsreden der letzten Jahre erläutert, wurden die Investitionen im Bereich der Barrierefreiheit bzw. Barrierearmut nur im Jubiläumsjahr 2018 zurückgestellt, weil bei der Vielzahl der anstehenden Veranstaltungen es keinen Sinn gemacht hätte, diese in einer Baustelle durchzuführen. Es verwunderte deshalb auch, dass die Maßnahmen für das Förderprogramm „barrierefreies Bayern“ nun nicht forciert und 2020 weiterverfolgt werden. Es wird deshalb beantragt, Mittel im kommenden Haushalt einzustellen, damit die entsprechenden Maßnahmen ergriffen werden können, um

das erwähnte Förderprogramm in Anspruch nehmen zu können. Wir regen an, die von der bayer. Staatsregierung initiierte Beratungsstelle bei der Detailplanung in Anspruch zu nehmen und die Gedanken zur Barrierefreiheit/Barrierearmut unseres Behinderten-beauftragten aufzunehmen.

Wir könnten uns den Ablauf in 2 Bauabschnitte vorstellen:

Vorderbau Aufzugsinstallation, Schwellenbeseitigung und Errichten einer behindertengerechten Toilette.

Erschließung des rückwärtigen Ausstellungsbereiches (möglich einschließlich des Weinkellers).

- Unabhängig der geschilderten Baumaßnahmen scheint auch geboten, die Grundausstattung der Ausrüstung Licht/Ton/Bühne des Veranstaltungsortes Franck-Haus als solche zu verbessern. Um entsprechende Haushaltsmittel wird gebeten.
- Desweiteren regen wir einen Prüfauftrag an, ob eine Tourist-Info nicht im Erdgeschoss des Franck-Hauses (z. B. ehem. Senioren-internet) untergebracht werden könnte. Es ergeben sich unseres Erachtens dabei Synergien bei den Öffnungszeiten an Wochenenden, beim Personal wie auch inhaltlich.
Die Errichtung einer Tourist-Information in der Alten Schmiede sollte im nächsten Jahr auch deshalb zunächst nicht weiterverfolgt werden. Eingestellte Mittel dafür bitten wir aus dem Haushaltsplan 2020 zu streichen.
- Wir sind der Meinung, dass das Mitteilungsblatt „Brücke zum Bürger“ noch nicht mit Infos in leichter Sprache aufwarten kann und bitten deshalb wiederholt um Nachbesserung und Erledigung.
- Wir schlagen darüber hinaus eine kommunale Abfallbroschüre für Marktheidenfeld vor, die ebenfalls in leichter Sprache verfasst wird, um alles Wissenswerte zur Abfallvermeidung, Abfallbeseitigung und Entsorgen für Marktheidenfeld und die Stadtteile publiziert. Den Kreisabfallkalender empfinden wir, weil dessen Inhalt den ganzen Landkreis bedient, als zu unübersichtlich.
- Wir schlagen vor, Seniorensparierwege, teilweise geeignet für Rollstuhl und Rollator, auch in den Ortsteilen, entsprechend vorzubereiten und, soweit noch nicht vorhanden, mit begleitenden Sitzbänken. Gerne auch auf Waldwegen oder Waldrändern. Diese Wege könnten kartiert und mit einem Folder veröffentlicht werden.
- Zum Thema CO²-Problematik und naturnahem Grün bitten wir um Prüfung, ob es geeignete städtische Flächen gibt, die sich zu einer Aufforstung eignen könnten. Ebenso sollten Kleinfelder gesucht werden, die geeignet sind, in freier Natur Feldgehölz und Hecken aufzunehmen.
Wir regen an, über die Herausnahme schwieriger Flächen aus der forstwirtschaftlichen Nutzung durch die Stadt nachzudenken. Wir haben hier z. B. die Gemarkung Scheurer Berg im Stadtteil Zimmern im Blick.
- Zum Thema Flächensparoffensive in Bayern möchten wir anmerken, dass es in Zukunft wesentlich schwerer fallen wird, neue Baugebiete für Wohnung- und Gewerbebezüge auszuweisen. Deshalb sollte sich der Stadtrat zeitnah über sinnvolle Vergabekriterien für das neue Gewerbegebiet „Söllershöhe“ verständigen, die dem Ziel einer sinnvollen Entwicklungsoption in kommenden Jahrzehnten Rechnung trägt.
- Die Ausweisung zusätzlicher Wohnbauflächen wird nicht mehr im bisher gewohnten Ausmaß vonstatten gehen können. Deshalb muss die Gewinnung neuen Wohnraums in den Altorten und Kerngebieten der Stadt und der Stadtteile einen neuen Schwerpunkt finden. Dem wurde durch ein Förderprogramm zur Bewahrung des Charakters der Ortschaften schon Rechnung getragen. Wir beantragen, ein weiteres Förderprogramm zur Schaffung

und Aktivierung von Wohnraum in den Altorten der Stadtteile über bloße gestalterische Aspekte hinaus zu erarbeiten und beantragen dafür 50.000 Euro als Anschlag in den Haushalt einzustellen.

- Wir vermissen entsprechende Finanzmittel im Haushalt, um die Innenfläche des Kreisels an der Karbacher Straße nach Fertigstellung des Feuerwehrgebäudes neu anzulegen.
- Es wird wiederholt darum gebeten, zu kontrollieren, ob genehmigungsrelevanten Bäume im Stadtgebiet, an privaten Baulichkeiten, auf Parkplätzen vor Supermärkten und Industrieanlagen fehlen und deren Pflanzung gem. der rechtlichen Vorgaben zu verlangen.
- Die Erstellungskosten der Toilettenanlage Altstadtfriedhof sind im Haushaltsplan 2020 eingestellt. Der Umbau/Anbau der Aussegnungshalle hat noch keine Beschlussreife erlangt. Es wird deshalb angeregt, auch den Bau der Toilettenanlage zurückzustellen.
- Wir schlagen vor, die Erweiterung des Lohgrabenparkplatzes auf 2023 zu verschieben, da derzeit kein Bedarf dafür besteht. Das Schaffen von Baurecht genügt zunächst vollkommen.
- Nach unserer Meinung sind die eingestellten Haushaltsmittel von 5.000 Euro zu wenig, um die Infrastruktur am Laurenzi-Festplatz nachhaltig zu verbessern. Um die Probleme, wie Stromversorgung, sowie Kanal- und Bodenoberflächenverbesserung der Schausteller-Wohnwagen-Stellplätze zu beseitigen, sollten die Finanzmittel realistischer ermittelt werden.
- Wir regen an, einen Fahrradverleih zu initiieren und diesen an Wochenenden beim Minigolf-Projekt der Jugendpflege anzusiedeln.
- Um die Aufenthaltsqualität in der Stadt zu erhöhen, fordern wir schon seit Jahren mehr Sitzgelegenheiten in der Stadt. Leider sehen wir noch immer wenig Fortschritt. Vielleicht sollte man prüfen, ob auch innerstädtische Grundstückbesitzer bereit wären, die eine oder andere Bank auf ihrem Grund aufstellen zu lassen. Darüber hinaus sind 5.000 Euro für die Beschaffung von Sitzbänken wohl nicht ausreichend und wir fordern mindestens eine Verdoppelung des Ansatzes.
- Zu Guter Letzt möchten wir im Einklang mit den zuständigen Behörden einen Ideenwettbewerb anregen, um für eine gefälligere Gestaltung der Altfelder B 8-Brücke (Unterführung) zu sorgen.
-und JA!! Wir sind noch immer für den Erhalt unserer Alten Mainbrücke und wundern uns nach wie vor darüber, dass uns die zuständigen Stellen noch immer ahnungslos im Regen stehen lassen!!
- Abschließend möchte ich namens meiner Fraktion allen danken, die in unserer Stadt ehrenamtlich für das Gemeinwohl tätig sind, insbesondere unseren Hilf- und Rettungsdiensten, sowie der Polizei, aber auch die Menschen, die sich im sozialen, kulturellen und kirchlichen Bereich einbringen und in den Beiräten und Arbeitsgruppen der Stadt sowie in unseren Vereinen mitarbeiten.

Einschließen in diesen Dank möchte ich ausdrücklich auch all jene, die unsere Arbeit mit konstruktiver Kritik anregend begleiten ohne beleidigend zu werden.

Vielen Dank auch Ihnen, Frau Bürgermeisterin und der Verwaltung für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

...und Ihnen verehrte Zuhörer sag ich Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Abschließend spricht der fraktionslose Stadtrat Ludwig Keller:

„Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, letztmals in der Amtszeit dieses Gremiums werden heute die Haushaltsreden vorgetragen. Dass ich als langjähriges Stadtratsmitglied noch einmal die Ehre habe, hier sprechen zu dürfen, war nicht unbedingt mein Plan. Nun aber hat es sich so ergeben. Die besondere Situation, in der ich mich befinde, ermöglicht es mir, dieser Stellungnahme eine persönliche Note zu geben. Nachdem die Frau Bürgermeisterin darum bat, mich kurz zu fassen, beschränke ich mich auf Grundsätzliches. Ich hatte ohnehin nicht vor, hier eine Wunschliste abzuarbeiten.

Zunächst möchte ich mich bei unserer Kämmerin, Frau Herrmann, für die sorgfältige und übersichtliche Aufbereitung der Vorlagen bedanken, die eine solide Arbeitsgrundlage darstellen und einen guten Einblick in die Finanzsituation unserer Stadt ermöglichen.

Die Rekordhöhe des Haushaltsvolumens spiegelt nicht nur die außergewöhnlichen Investitionen wider, die in verschiedene kostenintensive Großprojekte geflossen sind, sondern dokumentiert darüber hinaus ein breit gefächertes Spektrum städtischer Leistungen, die dank der guten wirtschaftlichen Situation finanziert werden konnten.

Wirft man einen Blick auf die weitere Finanzplanung und die Entwicklung der Rücklagen, ergibt sich freilich ein Bild, das nachdenklich stimmen sollte. Das einst satte Polster an Rücklagen wird voraussichtlich in zwei Jahren aufgebraucht sein. Mit der Notwendigkeit von Kreditaufnahmen wird auch der Schuldenstand wieder ansteigen. Überdies ist angesichts der sich abzeichnenden Rezession die Frage erlaubt, ob die gut sprudelnden Finanzquellen der vergangenen Jahre weiterhin so üppig fließen. Mit den großen Investitionen der letzten Jahre wurden einerseits Werte geschaffen, andererseits ergeben sich daraus aber auch Kosten für Pflege und Unterhalt, die mit den Jahren weiter wachsen und den Haushalt belasten.

Aus gegebenem Anlass möchte ich die Frage nicht unerwähnt lassen, wie sich Standortentscheidungen bedeutender örtlicher Unternehmen längerfristig auswirken. Grundsätzlich sehe ich derzeit eine Zunahme der Unwägbarkeiten.

Ich will hier nicht schwarz malen. Marktheidenfeld ist gut aufgestellt und verfügt über eine zukunftsfähige Unternehmensstruktur. Doch mahnt die Haushaltsentwicklung zur Zurückhaltung, gerade auch im Hinblick auf den bevorstehenden Wechsel in der Führung der Stadt. Wäre der neue Stadtrat nicht gut beraten, zunächst einmal Kassensturz machen und dabei auch Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen? Ich teile den Optimismus meiner beiden Vorredner nicht, in deren Ausführungen ich keinen Ansatz für ein grundlegendes haushaltspolitisches Umdenken erkennen kann.

Nach meiner Einschätzung wird es künftig notwendig sein, sich auf bestimmte, als vordringlich erkannte Aufgaben zu konzentrieren und Projekte zurückzustellen, die zwar wünschenswert, aber nicht zwingend notwendig sind. Auch eine finanzstarke Kommune muss ihre Kräfte einteilen und gut überlegen, wo sie Prioritäten setzt.

In Marktheidenfeld gibt es ein zentrales Projekt, das zügig und mit Vorrang angegangen werden muss: Die Innenstadt für die Zukunft fit zu machen. Hier schlägt das Herz unserer Stadt, hier präsentiert sie sich dem Besucher, von hier gehen auch wichtige Anreize für Familien aus, die sich bei uns niederlassen wollen.

Zu diesem Zweck ist, weit über Verkehrsregelungen hinaus, ein Konzept auf den Weg zu bringen, das alle Aspekte einbezieht, die für die positive Entwicklung unserer Innenstadt von Belang sind. Ziel muss es auch sein, ihre Erreichbarkeit und Attraktivität für Besucher und Einkaufende zu optimieren. In das Projekt sind die Betroffenen einzubeziehen. Die Kompetenz und Erfah-

rung unserer Gewerbetreibenden sollte für die Mitarbeit an sinnvollen Lösungen genutzt werden.

Ein solches Projekt stellt eine Herausforderung für alle Beteiligten dar. Daher verbinde ich mit meinem Vorschlag einen Prüfauftrag an die Verwaltung.

Grundsätzlich spreche ich mich dafür aus, die Ziele der Stadtpolitik den ökologischen Erfordernissen, insbesondere denen des Klimaschutzes, anzupassen. Der von der Bürgermeisterin in ihrer Haushaltsrede angeregten „Durchgrünung“ der Stadt kann ich zustimmen. Dazu bedarf es aber eines diesem Zweck dienenden, konkreten Handlungskonzeptes. Logischerweise ergibt sich daraus auch, wertvollen, gewachsenen Baumbestand im Nahbereich der Altstadt zu schützen und nicht durch städtische Maßnahmen zu gefährden.

Da mein Interesse bekanntermaßen Nutzungsmöglichkeiten des vom Landkreis zur Schließung vorgesehenen Krankenhauses Marktheidenfeld gilt, lege ich Wert darauf, dass der diesbezüglich bereits in den Haushalt eingestellte Ansatz fortgeschrieben wird. Marktheidenfeld benötigt eine standortgerechte medizinische Infrastruktur.

Am Ende meiner Ausführungen gilt mein großer Dank allen, die zu einem guten Miteinander in unserer Stadt beigetragen und deren Versorgung auf den verschiedenen Ebenen gesichert haben. Ganz besonders danke ich all denjenigen, die sich um die kranken und hilfsbedürftigen Mitglieder unserer Gemeinschaft kümmern. Mit einem Dankeschön an Bürgermeisterin und Stadtratskollegium, an Sitzungsdienst und Presse möchte ich schließen und danke allen Zuhörern für ihre Aufmerksamkeit.“

Die Vorsitzende dankt den Fraktionen für die Stellungnahmen und sagt zu, dass die Reden ab morgen auf der städtischen Homepage abrufbar seien.

282 Anfragen

282.1 Bushaltestellen in Altfeld

Stadträtin Schneider hält fest, dass sich die Situation an den Bushaltestellen in Altfeld weiterhin als „speziell“ bezeichnen lasse. Sie spricht insbesondere die nicht überdachte Haltestelle „Hirschweiher“ an. Es seien in Altfeld sehr viele Schulkinder unterwegs, zumeist aus der Grundschule. Diese sammelten sich auf engstem Raum.

Die Vorsitzende sagt zu, die Situation aufzunehmen und in der Verwaltung zu überlegen, was machbar sei, um diese zu entschärfen.

282.2 Straßenbaumaßnahmen in Oberwittbach und in Glasofen

Stadtrat Gerberich berichtet, man habe ihm zugetragen, die Wittbachstraße in Oberwittbach werde lediglich zu 75 % asphaltiert. Ein Reststück verbleibe geschottert. Er bittet um Prüfung, ob dies so richtig sei und weiter, ob man das Reststück ebenfalls asphaltieren könne.

Eine Prüfung des Sachverhaltes wird von der Ersten Bürgermeisterin zugesagt.

Stadtrat Gerberich berichtet weiter, im Stadtteil Glasofen sei Asphalt-Fräsgut auf zwei Feldwegen aufgebracht worden. Die Aufbringung sei allerdings unfachmännisch vorgenommen worden, da teilweise Fräsgut in die Gräben oder Äcker getragen worden sei. Zudem sei die Verdichtung des Fräsgutes nicht korrekt vorgenommen worden. Er regt einen Ortstermin mit den beteiligten Landwirten und dem Bauamt an.

Der Hinweis werde aufgenommen, stellt die Vorsitzende klar.

282.3 Spielplatz an den Maradies-Seen

Im Haushalt des Jahres 2019 seien 20.000 € für die Attraktivierung des Spielplatzes an den Maradies-Seen eingestellt. Diese Attraktivierung sei jedoch bislang nicht erfolgt, hält Fraktionsvorsitzender Christian Menig fest. Er bittet darum, künftig das Gremium über den Fortschritt der Maßnahme zu informieren. Die dort beantragten Sitzgelegenheiten halte er für sinnvoll.

282.4 Fortschritt Baumaßnahme Baumhofstraße

Stadtrat Braun erinnert an seine vor zwei Wochen gestellte Anfrage bezüglich des Fertigstellungstermins der Baumaßnahme Baumhofstraße. Das beauftragte Büro sei noch mit der Prüfung der Anfrage beschäftigt, erläutert die Vorsitzende. Man werde berichten, sobald ein Ergebnis vorliege.

282.5 Parkplatz Wonnemar

Stadtrat Wolfgang Hörnig stellt fest, bereits um 09.00 Uhr morgens seien die von der Stadt zusätzlich hergestellten Parkplätze am Wonnemar vollständig belegt. Er resümiert, dass es sich hier keinesfalls ausschließlich um Nutzer des Wonnemar handeln könne.

Die Erste Bürgermeisterin stellt klar, dass zwischen dem Betreiber des Wonnemar und der Lebenshilfe eine Absprache dahingehend getroffen sei, dass die Lebenshilfe die Parkplätze bis zur Öffnung des Bades nutzen könne. Man werde dem Hinweis jedoch nachgehen, sagt sie zu.

282.6 Parksituation Dillberg

3. Bürgermeister Joachim Hörnig erinnert an die Parksituation auf dem Dillberg. Gerade im Hinblick auf die Baumaßnahme an der Kreuzung B 8/Südring sei es sinnvoll, ein Halteverbot für LKWs für den gesamten Bereich des Dillbergs auszusprechen.

Man werde dem Hinweis nachgehen, sagt die Vorsitzende zu.

Erste Bürgermeisterin Helga Schmidt-Neder schließt um 21:30 Uhr die öffentliche 20. Sitzung des Stadtrates.

Helga Schmidt-Neder
Erste Bürgermeisterin

Sabine Laumeister
Schriftführer/in